

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

87 (14.4.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM. zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landemann
gegründet 1866



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 14. April 1951

Nr. 87

Flucht und Entführungen

West-VVN soll SED-Gruppe werden

Berlin (UP). Der Geschäftsführer des Ostberliner LDP-Organs „Berliner Montag“ und stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin-Mitte der LDP, Fritz Düring, hat sich nach Westberlin abgesetzt. Politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Landesvorstand der LDP sollen Düring zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Der Kutscher eines mit zwei Pferden bespannten Fuhrwerks wurde in Spandau innerhalb des britischen Sektors von Volkspolizisten entführt. Seinem Besieger gelang es, zu entkommen. Außerdem soll die Volkspolizei einen Landwirt aus Großgörschke (Ostzone) aus einer im britischen Sektor gelegenen Wohnung entführt haben.

Die VVN in der Sowjetzone hat jetzt innerhalb ihres Zentralvorstandes eine besondere „Westabteilung“ geschaffen, deren Aufgabe ist die VVN in der Bundesrepublik zu einer „aktiven Widerstandsbewegung“ gegen die Bundesregierung umzuorganisieren. Der Chefredakteur der in Frankfurt/Main erscheinenden Zeitung der westdeutschen VVN „Die Tat“, Fritz Holstein, soll — wie das Informationsbüro West meldet — als verantwortlicher westdeutscher Vertrauensmann der „Westabteilung“ der VVN fungieren.

Tschechei produziert neue Waffen

Neue Reinigungsweile in der Regierung

Berlin (UP). Die Tschechoslowakei habe damit begonnen, einen verbesserten und in der Panzerkraft stärkeren sowjetischen T-34 Tank herauszubringen und einen eigenen Düsenjäger der Type Mig-15 zu produzieren, berichtet ein tschechischer Deserteur, der vor einigen Tagen in Berlin ankam. Zahlreiche Betriebe in der Tschechoslowakei seien auf Kriegsproduktion umgestellt worden; Gebrauchsgegenstände wie Löffel, Messer usw. seien kaum zu erhalten.

Die Jahrgänge 1929, 1930 und 1931, die für schwere Artillerie, Panzertruppen, Fallschirmjäger und Luftstreitkräfte gemustert wurden und erst im Oktober eingezogen werden sollten, sind nach dieser Darstellung bereits im April aufgerufen worden. Auch Reservisten wurden einberufen, wodurch die Stärke der Einheiten etwa 60 bis 70 Prozent über dem normalen Stand liegen soll. Die tschechische Armee sei nach sowjetischem Vorbild aufgebaut und jede größere Einheit werde von einem sowjetischen Offizier — mindestens im Range eines Majors — befehligt. Sowjetmarschall Konjew, der Verteidiger Moskaus und ehemalige Generalstabchef der Roten Armee, soll sein Hauptquartier mit einem großen Stab vor sechs Wochen in Karlsbad bezogen haben.

Die Angaben des tschechischen Deserteurs werden von ununterrichteten Kreisen als glaubwürdig bezeichnet. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Panzer-Fabrikation die bisher größte Produktion von Kriegsmaterial in der Tschechoslowakei darstelle, und daß dieses Land jetzt das Hauptarsenal für die Sowjetunion darstelle.

Der Schwiegerohn des britischen Verlegers Lord Layton, Pavel Eisler, soll seines Postens als Chef der Präsidentskanzlei Gottwalds enthoben und aufgefördert worden sein, Prag zu verlassen. Weiterhin verlautet, daß der stellvertretende Justizminister Dr. Heraf seines Postens enthoben und durch den früheren Chef des „Volksgerichtshof“-Systems Dr. Klotz ersetzt worden sei. Klotz ist für die Exekution und die Verhängung hoher Freiheitsstrafen gegen „Spione, Verräter und Staatsverächter“ in der Zeit nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1948 verantwortlich.

Paris schließt Tschecheninstitute

Vertrauensabstimmung erst am Dienstag

Paris (UP). Die französische Regierung hat beschlossen, das tschechoslowakische Konsulat in Algier und das tschechoslowakische Masaryk-Institut in Paris zu schließen. Es handelt sich dabei um Gegenmaßnahmen gegen die Auflösung des französischen Konsulats in Pilsen und des „Ernest-Denis-Instituts“ in Prag durch die tschechoslowakische Regierung.

Ministerpräsident Queuille verlangte in der Nationalversammlung, daß zwölf Interpellationen zu der Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner Regierung auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden. Er ließ durchblicken, daß er eine zustimmend ausfallende Abstimmung als eine Billigung seines Programms, durch das 50 Milliarden Francs durch neue Steuern und andere Maßnahmen aufgebracht werden sollen, ansehen wird. Die Abstimmung soll am Dienstag nachmittag durchgeführt werden. Um die Regierung Queuille zu stürzen, benötigt die Opposition die absolute Mehrheit von insgesamt 311 Stimmen. Queuille selber muß nur die einfache Mehrheit erreichen, um sich durchzusetzen.

Die Freitagsitzung der Außenminister-Stellvertreter in Paris stand wiederum im Zeichen des Versuchs der westlichen Delegierten, Gromyko zu einer exakten Formulierung des Tagesordnungsvorschlags seiner Regierung zu zwingen. Wie schon in den vorausgegangenen Sitzungen entzog sich Gromyko diesen Bemühungen und hielt wiederum eine andertalbstunden dauernde Rede gegen den Westen.

Koalition soll nicht „strapaziert“ werden

Drohungen der Deutschen Partei - Unterbringungsprogramm für Vertriebene

Bonn (UP). Zu dem Zusammengehen CDU/CSU mit der sozialdemokratischen Opposition in der Frage des Mitbestimmungsrechtes erklärte der Vorsitzende der Deutschen Partei, Dr. Hans Mühlenfeld, die CDU solle nicht „außen, die Koalition auch weiterhin mit solchen Methoden strapazieren zu können.“

Die CDU/CSU könne nicht auf Grund eines Führungsanspruchs, den sie als stärkste Partei erhebe, Sozialpolitik mit der Linken, Wirtschaftspolitik aber mit der Rechten des Parlaments durchführen. Die DP wolle nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus Paris Schritte unternehmen, um zu klären, ob eine weitere Zusammenarbeit der Regierungskoalition möglich ist.

Den Bau von 75 000 Wohnungen im Rahmen eines „Biltprogramms“ kündigte Bundesführungsminister Hans Lukaschek auf einer Pressekonferenz an. Dieses Programm, dessen Finanzierung etwa eine Milliarde DM erfordert, soll vor allen Dingen die Durchführung der vorgesehenen Flüchtlingsumstellung erleichtern.

Zusammen mit dem Leiter der ECA-Studiengruppe für Flüchtlingsfragen, Christian Sonne, erläuterte der Bundesminister einen von amerikanischen und deutschen Sachverständigen verfaßten Bericht über die Möglichkeiten der Eingliederung von Vertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft, deren Kosten innerhalb eines Sechsjahresprogramms auf insgesamt 12,5 Milliarden DM veranschlagt werden. Nach den in diesem Bericht skizzierten Vorschlägen sollen innerhalb der nächsten sechs Jahre 1,2 Millionen Wohnungen für Vertriebene gebaut werden, 700 000 Flüchtlinge aus den überbelegten Ländern der Bundesrepublik in die weniger belasteten umgesiedelt und 600 000 neue Arbeitsplätze für Vertriebene geschaffen werden.

Illegaler Handel

Der illegale Interzonenhandel beträgt nach Schätzungen etwa das Vierfache des legalen

Handels mit der Ostzone, erklärte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner (SPD), auf einer Pressekonferenz in Bonn. Dieser Schleichhandel müsse mit allen Mitteln bekämpft und gestoppt werden. Die an sich schon schwierige Frage werde durch die Tatsache noch komplizierter, daß auch ausländische Firmen sich an illegalen Lieferungen beteiligen, ja sogar Besatzungsangehörige in dieser Richtung „sehr aktiv“ seien. Wehner sagte, er könne ein ganzes Buch mit Listen über westdeutsche Firmen zusammenstellen, die illegalen Handel mit der Ostzone betreiben. Solche Firmen sollten nicht mehr zu legalen Handel zugelassen werden, um dadurch einen gewissen Druck auszuüben.

In einem in diesem Zusammenhang veröffentlichten Memorandum über die Probleme des Interzonenhandels äußert die SPD Bedenken gegen die bisherige Abwicklung des Handels mit der Ostzone durch die Bundesregierung, der es nicht gelungen sei, den Handel zu einem „wichtigen Beitrag im Kampf um die Einheit Deutschlands in Freiheit“ zu machen. Die SPD weist darauf hin, daß die Sowjets vor allen Dingen ihren Bedarf an Stahl, Maschinen und Lastkraftwagen und anderen für die Rüstung wichtigen Waren im illegalen Verkehr zu decken versuchen, weil ihnen diese Waren im legalen Handel nicht mehr in dem geforderten Umfang zugestanden werden könnten.

Das Bundeskabinett billigte einen Gesetzentwurf über den bereits unterzeichneten Handelsvertrag mit Chile, der die zollfreie Einfuhr von Chile-Salpeter vorsieht. Ferner genehmigte die Minister ein neues „Überleitungs-gesetz“, wonach die bisherige Verteilung der Kriegsfolgekosten zwischen Bund und Ländern beibehalten wird. Das Kabinett beschloß endlich Zolländerungen für Gewebe, Garne, Felle, Häute und für gewisse Produkte der Glasindustrie noch vor der endgültigen Regelung durch ein umfassendes Zolltarifgesetz.

Baldige Unterzeichnung fraglich

Benelux-Staaten machen Schwierigkeiten - Meinungsaustausch Adenauer-Schuman

Paris (UP). Die Außenminister der sechs Schumanplan-Staaten haben sich am Freitag nicht über die Besetzung der Hohen Behörde der Stahl- und Kohlenunion einigen können. Maßgebliche deutsche Delegationsmitglieder halten eine baldige Unterzeichnung des Montanpaktes für sehr fraglich.

„Die Verhandlungen sind schwieriger, als vor acht Tagen angenommen wurde“, charakterisierte ein offizieller deutscher Sprecher die überraschend aufgetretenen Schwierigkeiten und die erste leichte Verhandlungskrise bei den Beratungen der Außenminister. Das französische Außenministerium rechnet nach Äußerungen amtlicher Kreise jedoch noch immer mit einem Abschluß der Beratungen Anfang nächster Woche. In der deutschen Delegation wird allerdings erwidert, ob der Bundeskanzler nicht am Dienstag wieder nach Bonn zurückkehren und erst zur endgültigen Unterzeichnung noch einmal nach Paris reisen sollte.

Die ersten Meinungsverschiedenheiten tauchten bei der Beratung der Zahl der Mitglieder der Hohen Behörde und des Ministerrats der Schumanplan-Organisation auf, als die Benelux-Länder einen Vorstoß gegen einen französischen Vorschlag unternahmen, der die Wahl von vier Persönlichkeiten auf übernationaler Basis vorsah, die sich noch einen fünften Vertreter als Präsidenten hinzuwählen sollten. Deutschland hat, wie verlautet, diesem französischen Plan zugestimmt, während die Benelux-Länder für jedes Land ein Mitglied der Hohen Behörde fordern.

Der gleiche Wunsch nach Parität der Beneluxländer wurde auch bei den Verhandlungen über einen weiteren französischen Vorschlag laut, den Ministerrat mit je zwei Deutschen und Franzosen und je einem Vertreter der anderen vier Staaten — Italien, Belgien, Luxemburg und Holland — zu besetzen. Auch hier wünschten die Beneluxländer gleiche Behandlung. Deutschland und Frankreich steben, wie es heißt, auf dem Standpunkt, den größeren Ländern müsse auch ein stärkeres Gewicht eingeräumt werden. Hinsichtlich der Besetzung der Hohen Behörde wird in deutsch-französischen Kreisen stark gegen eine nationale Repräsentation argumentiert.

Die Außenminister beschlossen am Freitag, ein Arbeitskomitee aus den Ministern und den Leitern der sechs Schumanplan-Delegationen zu bilden, das künftig die Beratungen fortführen soll. Die Konferenz setzt ihre Arbeiten am Samstag vormittag fort.

Vor Beginn der Beratungen am Freitag führten der Bundeskanzler und Frankreichs Außenminister Schuman ihr drittes Gespräch innerhalb von drei Tagen und behandelten erneut die Saarfrage, die von der Konferenz als eine rein deutsch-französischen Angelegenheit betrachtet wird und daher auch nicht in der Vollversammlung erörtert werden dürfte. Am Nachmittag verließ Dr. Adenauer für

einige Zeit die Außenministerkonferenz, um dem Präsidenten der Kammer, Edouard Herriot, einen Besuch abzustatten. Am Abend traf der Kanzler mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten und Führer der MRP, Georges Bidault, zusammen.

„Ich bin davon überzeugt, daß der Bundestag den Schumanplan ratifizieren wird. Sonst wäre ich nicht hierher gekommen“, sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer vor dem Club der Auslandspresse, der ihn zum Lunch eingeladen hatte. Der Schumanplan sei ein erster Schritt zum europäischen Zusammenschluß. Zwei Weltkriege hätten das deutsche Volk tief gezeichnet. Durch die beiden Kriege sei die staatliche Autorität zerstört worden. Die Mehrheit des deutschen Volkes sei nicht national gewesen. Die Entwicklung habe es dahin gebracht, den Staat als seinen schlimmsten Feind anzusehen. Von dem, was heute vom Staat oder der alliierten Hohen Kommission komme, wolle das deutsche Volk kaum etwas wissen. Er sei aber überzeugt davon, daß das deutsche Volk bereitwillig seinen Platz in der gemeinsamen Verteidigung einnehmen werde, wenn es einsehe, welchen schweren Gefahr von Osten drohe. Auf die Frage, ob das deutsche Volk willens sei, die Einheit Deutschlands mit der Neutralisation zu bezahlen, sagte der Kanzler, Deutschland gehöre zum Westen und wolle vom Westen nicht getrennt werden.

Lafontaine bestreitet alles

Vernehmung im Frankfurter Kripoprozess

Frankfurt (UP). Im Frankfurter Kripoprozess bestreitet der angeklagte Rechtsanwalt Dr. Lafontaine jegliche Schuld und bezeichnet Belastungsaussagen als unwahr. Lafontaine, der zum ersten Male gerührt wurde, sagte aus, daß er ständig zusammen mit hohem Polizeioffizier und Vorstandsmitgliedern Frankfurter Sportvereine in der Gaststätte „Pulverkopf“ des Mitangeklagten Hans Otto verkehrt habe, und mit diesem auch befreundet sei. Lafontaine behauptete, die „Beschlagnahme“ des Transitlastzuges mit 1,4 Millionen Zigaretten sei überhaupt nicht erfolgt.

Im Kreuzverhör der Verteidiger Dr. Lafontaines hatte der ehemalige Kriminalassistent Fuchs ausgesagt, daß der Angeklagte am Tage der Verhaftung des Kriminalassistenten Henkel, im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Beschlagnahme eines Schmuggeltransportes mit 1,4 Millionen Zigaretten, erklärt habe: „Wenn Henkel spricht, dann ist für uns der Ofen aus“. Der Mitangeklagte frühere Kriminalsekretär Schnitzler gab an, daß er anlässlich des ersten Haftüberprüfungstermins für Dr. Lafontaine von dem angeklagten Gastwirt Hans Otto und dem beim angeklagten Gericht tätigen Holländer Hendrik de Kloe aufgefordert wurde, alle Aussagen zu ändern, um Dr. Lafontaine aus der Haft herauszubekommen.

Europäische Aufgaben

Von Eduard Funk

Wenn man die Nöte dieser Zeit nicht nur politisch betrachtet, drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke auf, daß die furchtbaren Jahre der jüngsten Vergangenheit auch ihre positive Seite für die Zukunft haben: sie zwingen nämlich die Völker Europas zu der Erkenntnis, daß sowohl die Ausweitung der wirtschaftlichen Bedürfnisse wie die Entwicklung der Technik — nicht zuletzt die des atomischen und bakteriologischen Vernichtungskrieges — die alten Begriffe nationalstaatlicher Souveränität und wirtschaftspolitischer Autarkie endgültig beiseite geschoben haben. Auch wenn es noch geraume Zeit dauern mag, bis manche der heute führenden Staatsmänner — ob sie wollen oder nicht! — sich zu den einzig möglichen politischen Konsequenzen durchringen, so bleibt ihnen doch nichts anderes übrig, als schon jetzt durch gegenseitige Unterstützung eine Verringerung wenigstens ihrer materiellen Schwierigkeiten zu versuchen. Es wird dabei von niemand übergebührliche Selbstlosigkeit erwartet; auch nicht von den Amerikanern, denn der Marshallplan geht doch in seinen Motiven nicht zuletzt auf die Erkenntnis zurück, daß die USA für ihre überschüssigen Produkte Abnehmer brauchen.

Aber immerhin: es zeigten sich in den letzten Monaten in Westeuropa Entwicklungen, die gewisse positive Perspektiven der Zukunft eröffnen, nachdem alle früheren Versuche einer konstruktiven Zusammenarbeit in den Anfangsstadien steckengeblieben waren. Das Experiment einer französisch-italienischen Zollunion, das 1948 mit so großem Propagandaaufwand gestartet wurde, scheiterte an der Opposition der Pariser Hochfinanz, die keinerlei Konzessionen bereit war. Ähnlich verlief das Schicksal der Benelux, das handels- und zollpolitischen Zusammenschlusses der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, der zwar auf dem Papier vollzogen, aber in der Praxis nur zum Teil verwirklicht wurde. Und die einst vielgepriesene Fritalux, welche die Benelux mit einer französisch-italienischen Zollunion verknüpfen sollte, erwies sich sehr rasch als ein irrealer Traum von Idealisten. Lediglich der Zollkonferenz von Torquay gelang es, wenigstens gewisse Erleichterungen des zwischenstaatlichen Handels durchzusetzen. Und jetzt wird in Paris nach langen Kämpfen durch die Schaffung einer westeuropäischen Montanunion der Grundstein einer wirklich erfolgversprechenden Konstruktion gelegt.

Das Programm des westeuropäischen Aufbaus bedingt vor allem einen endgültigen Verzicht auf die Traditionen der vergangenen Jahrhunderte, in denen man nur in engen Räumen zu denken vermochte. In der möglichst hohen Umzäunung ihres eigenen Herrschaftsgebietes erblickten die meisten Staaten die beste Manifestierung ihrer Souveränität. Man braucht nur daran zu erinnern, daß vor noch nicht langer Zeit allein Deutschland in Hunderte souveräner Zollgebiete zersplittert war, um sich darüber klar zu werden, welche Revolutionen vonnöten waren, um einem neuen Denken Bahn zu brechen. Es ist jedenfalls kein Zufall, daß die Idee, durch Niederreißung der Zollschränken zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Gesamtheit zu gelangen, gerade in Deutschland geboren wurde, wo insbesondere der Schwabe Friedrich List der neuen Ära die Tore aufstieß.

Der erste Versuch eines handelspolitischen Zusammenschlusses Europas ist allerdings durch Napoleon unternommen worden, jedoch nicht mit dem Ziele, dem Wohl der ihm hörigen Staaten zu dienen, sondern er war eine ausgesprochene Kampfmaßnahme gegen England. Da Napoleon nicht in der Lage war, diesen gefährlichen Gegner militärisch niederzuwerfen, wollte er ihn wirtschaftlich erdrosseln, indem er allen Kontinentalstaaten jeglichen Handel mit den britischen Inseln verbot. Die sogenannte Kontinentalsperre erwies sich jedoch als ein Fehlschlag, weil England die Meere beherrschte. Mangels jeden konstruktiven Gedankens konnte sich auch — aus dem napoleonischen Experiment kein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum entwickeln; er zerfiel vielmehr rasch wieder in seine Bestandteile.

Dennoch keimte innerhalb des Deutschen Bundes der Gedanke wirtschaftlicher Unionen. Der Aktivität Lists und seiner Anhänger ist es zu danken, daß wenigstens an den Grenzen kleinerer Territorien die Zollschränken verringert oder beseitigt wurden. Da und dort entstanden später Zollvereine, die schließlich 1834 in den großen Deutschen Zollverein einmündeten. Mehrfache Versuche, auch Österreich einzubeziehen, scheiterten. Man kam nicht über zweiseitige Handels- und Zollverträge hinaus. Der letzte Anlauf zu einer deutsch-österreichischen Zollunion, die von

beiden Partnern dringend gewünscht wurde, erlag 1931 dem Veto Frankreichs.

Der Deutsche Zollverein bestand formell bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches. Er wurde aufgelöst durch das Ausscheiden Luxemburgs, das nach dem ersten Weltkrieg zunächst Anschluß an Frankreich suchte und sich, dort abgewiesen, schließlich an Belgien wandte, mit dem eine Zollunion zustande kam.

Die Deutsche Zollunion bestand formell bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches. Er wurde aufgelöst durch das Ausscheiden Luxemburgs, das nach dem ersten Weltkrieg zunächst Anschluß an Frankreich suchte und sich, dort abgewiesen, schließlich an Belgien wandte, mit dem eine Zollunion zustande kam.

Ein Gegenstück zu der oben erwähnten Benelux bildet in gewissem Sinne der auf diesem skandinavischen Münzvertrag fußende Versuch, Norwegen, Schweden und Dänemark zu einer wirtschafts- und handelspolitischen Einheit zusammenzufassen.

Alle diese positiven Tendenzen, die im Verlauf dieser Betrachtung geschildert wurden, sind erfreuliche Zeichen für die sich Bahn brechende Vernunft.

DP's erschwandeln 275 000 DM

Bayern entnazifiziert noch immer

München (UP). Der erste Prozeß gegen zwei Polen, die sich durch Vorlage falscher DP-Aufenthaltsbescheinigungen bei den Landesentscheidungsämtern in Stuttgart und München insgesamt 275 000 DM erschwandeln haben sollen, wird Anfang Juni vor dem Distriktrichter in München stattfinden.

Leidenenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei Münchner Romanverlag, München-Pasing

3. Fortsetzung

„Schau mir auch ein bißchen nach dem Geschäftlichen. Im übrigen geht dir ja nichts ab, in keiner Weise. Und wenn ich zurückkomme, will ich einmal andere Wangen sehen und andere Augen, endlich einmal ein helles, junges Gesicht! War halt viel Aufregung die letzten Wochen her, geht, mein Kind?“

Agnes schweigt und blickt an ihm vorbei.

Da nimmt er ihr schmales Gesicht in seine beiden Hände und drückt auf die Mädchenstirne einen Kuß. „Leb wohl, Kleines!“

„Leb wohl, Vater! Und bleibe gesund!“

Einmal noch lacht er zurück und schickt ihr einen Kuß zu.

„Na, so geh doch endlich!“ kommt von unten herauf ungeduldig nervös die Stimme Mariannens. „Tust ja, als wär es ein Auseinandergehen für die Ewigkeit!“ Die stumme Andacht, die Sekundenlang auf des Städlers Gesicht gelegen, ist gewichen.

Marianne besteigt im grauen Reisekleid den Wagen. Ein zarter Schleier flattert ihr ums dunkle Haar und erhöht den Zauber ihrer eigenartigen Schönheit. Paul Stadler kann nicht anders, als sie wieder neu bewundern: „Heut bist du reizend, Mariannnd!“

Agnes steht am offenen Fenster und sieht alles. Das Auto fährt aus dem Hof. Einen einzigen ver-

stohlenen Blick nur hat der Vater gewagt, zum Fenster hinauszuerfen, an dem sein Kind stand, gleich und stumm. Dann war sie allein. Allein wie immer. Eine Last fällt von ihr, eine andere steht auf. Jede ein Schicksal für sich. Wie lieb manchmal Vater sein konnte! So wie vorhin, als er Abschied von ihr genommen! Aber das ist er nur, wenn er mit ihr allein ist. Kommt er von Marianne, ist er mitunter unnahbar kühl, verletzend fremd, als hätten sie gar nichts Gemeinsames mehr.

Marianne Stadler lehnt gelangweilt und ein wenig verürgert in den blauen Polstern des Wagens und hat für die Schönheit des erwachten Tages keinen Blick. Sie durchgeht die letzten Wochen, die sie an das hartnäckig verfolgte Ziel stellten, nachdem sie schon seit Jahren gestrebt hatte. Ihr Traum hat sich erfüllt: Paul hat sie zu seinem Weibe gemacht. Und doch hat ihr Glück Flecken und Ecken, Furchen und Narben. So leicht ist es nicht, die Gattin Paul Städlers zu sein. Da ist vor allem die Agnes... Es knechtet ihren Stolz, daß dieses achtzehnjährige Mädchen alles verneint, was sie bestimmt, und daß sie es gewagt, sie ohne Abschiedsgruß gehen zu lassen. Um Agnes selbst ist es ihr ja nicht, nur um die bösen Mäuler ringsum.

„Warum bist denn so still, Marianne?“ „Du würdest mich in diesem einen Punkt doch nicht verstehen“, bohrt sie berechnend. Dann schmiegt sie sich katzenhaft geschmeidig an ihn, daß er die Wärme ihres Körpers fühlt.

„Red doch, Marianne. Du weißt, wie gern ich dich hab.“

Sie heuchelt eine verdunkelte Schwermut in die Augen. „Mich quält es, daß Agnes gar nicht den

MacArthur wird Fabrikdirektor

Tokio plant Abschiedsdemonstrationen - Washington verlangt Korea-Hilfe

Washington (UP). General MacArthur wird das Amt eines Direktors der „Remington Rand Corporation“ übernehmen. Unter den Zehntausenden von Telegrammen, die bei ihm einliefen, befanden sich zahlreiche Angebote namhafter Industriekonzerne, die ihm um Übernahme bedeutender Posten baten.

MacArthur wird am Montag in einem Flugzeug nach den USA zurückkehren. Die Japaner wollen für den scheidenden Oberbefehlshaber eine gigantische Abschiedsdemonstration veranstalten. Entlang der Straße, die von seiner Wohnung bis zu dem 13 km entfernten Flugplatz führt, werden riesige Menschenmassen aufmarschieren, um dem General ihre Sympathie zu bekunden.

Der General teilte der Stadtverwaltung von San Francisco mit, daß er am Montag dort eintreffen werde. Gleichzeitig erklärte er sich mit dem Ersuchen der Stadtväter einverstanden, die Gelegenheit seiner Heimkehr feierlich zu begehen.

den, die Gelegenheit seiner Heimkehr feierlich zu begehen. Die Polizei trifft bereits Vorkehrungsmaßnahmen, um die Bevölkerung bei dem größten „Heimkehrerempfang“ eines Kriegshelden in der Geschichte der Stadt in Zaun zu halten.

Der Militärausschuß des amerikanischen Senats beschloß, General MacArthur zur Berichterstattung über die Lage im Fernen Osten einzuladen.

Die „New Times“ schlägt in einem Artikel vor, die Posten des militärischen Oberbefehlshabers im Fernen Osten und des Leiters der Militärregierung in Japan zu trennen, um einen zivilen Hochkommissar für Japan zu ernennen.

Wird China ablehnen?

Viele Diplomaten und hohe Militärs in Washington sind der Ansicht, daß das kommunistische China Präsident Trumans Friedensangebot ablehnen wird.

Außerst kritische Lage im Iran

Oelfelder von Abadan durch Militärs besetzt - Demonstration in Teheran

Teheran (UP). Einheiten der iranischen Armee haben gemeinsam mit Panzerverbänden die unter britischer Verwaltung stehenden Oelfelder von Abadan besetzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

General Ali Galzar, der Stabschef der iranischen Armee, teilte mit, daß die Truppen Herr der Lage und die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt seien. In der Zwischenzeit treffen jedoch aus anderen südiranischen Gebieten Berichte ein, die von einer zunehmenden Unruhe unter den in diesem Gebiet sesshaften mächtigen Stämmen sprechen.

Etwa 10 000 Iraner demonstrierten in Teheran gegen die Anglo-Iranische Ölgesellschaft. Die Demonstration wurde von der kommunistisch beeinflussten „nationalen Bewegung“ gegen die Anglo-Iranische Ölgesellschaft veranstaltet. Die Polizei mußte den andrängenden Massen weichen.

Der iranische Premierminister Hussein Ala stellte im Verlauf einer Sondersitzung des iranischen Parlaments die Vertrauensfrage. Er forderte die Abgeordneten auf, die Regierung bei ihren Bemühungen, den Aufbruch und die Bedrohung des öffentlichen Lebens im Iran zu beenden, voll zu unterstützen.

Der Sprecher der Opposition, Reza Ashtinnadeh erklärte, Ala habe verfassungswidrig das Ständrecht verhängt und diese den Interessen der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft. Er forderte den Rücktritt des Premierministers.

Englands Außenminister droht

London (UP). Der britische Außenminister Morrison sagte im Unterhaus, Großbritannien werde nicht tatenlos zusehen, wenn die Engländer in den iranischen Ölgebieten in Lebensgefahr geraten. Eine Frage, ob britische Kriegsschiffe in iranischen Gewässern eingetroffen sind oder sich dorthin unterwegs befinden, wollte Morrison nicht beantworten. Diese Angelegenheit, sagte er, werde gegenwärtig noch geprüft. Eine Landung britischer Truppen im Iran könnte einen Vertragsfall für das iranisch-sowjetische Abkommen von 1921 schaffen, nach dem die Sowjetunion das Recht hat, Truppen in den Iran zu schicken, wenn dieses Land von einer dritten Macht bedroht ist.

„Protestantische Allianz“ gab zwar zu, daß ein Zusammentreffen zwischen dem Papst und der Prinzessin vielleicht aus Gründen „diplomatischer Höflichkeit“ ratsam gewesen sei. Er halte es aber für passender, wenn der

Papst die Prinzessin auszuheilen und nicht die Prinzessin den Papst.

Der in der Ruine der Arbroath-Abtei in Schottland gefundene historische schottische Krönungsstein wurde unter starker Polizeibewachung nach London gebracht.

Clement Davies, der Führer der britischen Liberalen, sagte in einer Rede in Newcastle, ein Zusammentreffen Stalins mit den Führern der drei westlichen Großmächte sei eine „Hoffnung für eine friedliche Regelung auf der ganzen Welt“.

Wie aus einer schriftlichen Antwort des britischen Versorgungministers George Strauß auf eine Anfrage im Unterhaus hervorgeht, hat die britische Regierung beschlossen, den Stahlexport und die Stahllieferungen an den Inlandmarkt einzuschränken.

Korea-Offensive festgefahren

Sowjetjäger sind „ausgezeichnet“ - Zwei Superfestungen abgeschossen

Tokio (UP). Die Offensive der UN am Mittelabschnitt der Koreafront hat sich festgefahren, da die Chinesen Verstärkungen in den Kampf geworfen haben und die UN-Truppen mit allen Mitteln aufzuhalten suchen.

Erbitterte Kämpfe entwickelten sich vor allem auf den Höhenzügen zu beiden Seiten der Straße von Seoul nach Kumhwa, dem wichtigsten Versorgungszentrum der Kommunisten am Mittelabschnitt. Fünfzehn Kilometer weiter westlich räumten die Kommunisten jedoch die Stadt Yonchon, ohne einen Schuß abzugeben.

Nach Aufklärungsberichten haben zwei neue Armeegruppen der Chinesen mit zusammen 160 000 bis 180 000 Mann südlich Pyongyang Stellung bezogen. Auch die Kampf-moral der Chinesen scheint besser geworden zu sein, da in den letzten Tagen weit weniger Gefangene eingebracht wurden, als jemals seit Beginn der Offensive im Januar.

Der Chef der amerikanischen Luftstreitkräfte im Fernen Osten, Generalleutnant Stratemyer, sagte in einer Pressekonferenz, die Dönsenjäger vom sowjetischen Typ Mig-15 seien ausgezeichnete Konstruktionen. Den amerikanischen Jägern sei es bisher nur durch ihre größere fliegerische Erfahrung gelungen, in den Luftkämpfen die Oberhand zu behalten.

Zwei amerikanische Bombenflugzeuge vom Typ B-29 wurden von kommunistischen Dönsenjägern abgeschossen. 31 amerikanische Bomber vom Typ B-27 sowie ein Begleitschutz von 40 Jagdflugzeugen sollen nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „Neues China“ die

Gensangebot ablehnen und in Korea eine große Gegenoffensive mit Unterstützung der von der Sowjetunion zur Verfügung gestellten Luftstreitkräfte beginnen wird. Die militärischen Kreise geben zu, daß eine große Landoffensive der Kommunisten eine ernste Bedrohung für die UN-Streitkräfte darstellen würde. In diesem Zusammenhang wird betont, daß MacArthur die Erlaubnis hatte, mandchurische Luftstützpunkte zu bombardieren, falls von dort aus Luftangriffe gegen die Truppen der UN stattfinden sollten. Da diese Erlaubnis nicht widerrufen wurde, dürfte auch der Nachfolger MacArthurs im gegebenen Fall von ihr Gebrauch machen.

Um einer neuen kommunistischen Offensive begegnen zu können, haben die USA die anderen Mitgliedstaaten der UN aufgefordert, Truppen an die Front in Korea zu entsenden. Auch die dreizehn Staaten, deren Truppen bereits in Korea stehen, wurden ersucht, diese zu verstärken.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang ein Artikel der Londoner „Daily Mail“, in dem es u.a. heißt: „Die vordringliche und lebenswichtige Forderung besteht nun darin, alles zu tun, um die Differenzen zu bereinigen und Großbritannien und die USA einander näher zu bringen. Heute gibt es einen neuen Oberkommandierenden in Korea und einen neuen Außenminister in London. Jetzt sollten Verhandlungen auf höchster Ebene aufgenommen werden. Außenminister Morrison sollte so schnell wie möglich nach Washington fliegen.“

„La Prensa“ enteignet. Das argentinische Abgeordnetenhaus hat die Enteignung der ehemals unabhängigen Zeitung „La Prensa“ gebilligt.

Die tschechoslowakische Regierung hat die Schließung der in Prag, Freiburg und Brinn bestehenden französischen kulturellen Institute angeordnet.

Der in Chile weilende Prinz Bernhard der Niederlande war Gast des Präsidenten der Chilenischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, Fontecilla, auf dessen Ranch.

Beim Absturz eines Flugzeuges der indonesischen Luftstreitkräfte über einem dichtbevölkerten Bezirk Jakartas wurden 6 Personen getötet und weitere 7 verletzt.

mandchurische Stadt Antung mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen haben.

Friedensvertrag ohne Peking

Senator Vandenberg schwer erkrankt

Washington (UP). Die Vereinigten Staaten lehnten einen britischen Vorschlag ab, nach dem das kommunistische China bei der Abfassung eines japanischen Friedensvertrages teilnehmen sollte.

Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnte mit 112 gegen 62 Stimmen einen republikanischen Antrag ab, wonach keine Truppen nach überseeischen Gebieten abgestellt werden sollen, wo der Oberbefehlshaber - wie in Korea - keine Vollmachten besitzt, nach eigenem Ermessen gesenerische Ziele mit Bomben zu belegen. Der Antrag wurde von dem republikanischen Abgeordneten Paul Shafer als Zusatz zu dem Gesetzentwurf über die allgemeine Wehrpflicht eingebracht.

Ein überraschend ausgegebenes Bulletin teilte mit, daß der Gesundheitszustand des 67jährigen Senators Arthur Vandenberg in zunehmendem Maße besorgniserregend sei.

Der Sicherheitsrat der UN hat einen vorläufigen Beschluß gefaßt, demzufolge er am kommenden Dienstag zusammentreten will, um über den Streit zwischen Syrien und Israel zu beraten. Es ist aber nicht zu erwarten, daß der Sicherheitsrat definitive Maßnahmen beschließen wird. Er dürfte vielmehr die gemischte Waffenstillstandskommission anweisen, die Lage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

Weg zu mir finden kann. Dabei kommt ich ihr entgegen, wo es nur angeht. Trotzdem hab ich bisher von ihr kein liebes Wort bekommen. Alles, was ich ihr Gutes tun will, übersieht sie. Warum nur? Ich mach es ihr doch sicherlich nicht schwer. Sie ist in allem und jedem frei.“

„Du mußt ihr Zeit lassen“, verteidigt er unangenehm berührt sein Kind. „Das hab ich kommen sehen. Mußt dich ein wenig in sie hineinendenken. So schnell vergißt Agnes ihre Mutter nicht.“

„Ja, glaubst vielleicht, ich steh wie ein Bettler alle Tage vor ihrer Tür und wart auf einen Brocken, den sie mir zuwirft? Nein, mein Lieber! Eher...“ bräust sie auf.

„Aber, Mariannnd!“ sucht er sie zu versöhnen. „wer verlangt denn das von dir? Ich tu mich auch nicht leicht, soll da und dort helfen und bei einem von euch greif ich immer daneben. Mach mir's nicht schwerer, als es schon ist.“

„Ich seh scho, meine Lieb ist uns beiden zum Fluch geworden.“

Nun lacht er doch gezwungen auf. „Marianne, seit wann hast du denn so ein extra feines Gewissen? Bleib lieber die alte, so verstehen wir uns weit besser. Und red keinen solchen Unsinn mehr!“

„Es stünd dir besser an, zu mir zu stehen als einem eigensinnigen Fratzen zu helfen. Ich durchschau die Agnes gut! Egoismus ist es und Eifersucht und daran soll unsere Ehe scheitern. Aber sie rechnet falsch. Wo ich steh, weich ich kein Schritt mehr und wenn sie...“

Sein Gesicht zeigt deutlichen Kampf und darum läßt sie geschickt die äußere Härte fallen und umkleidet ihre Warnung mit etwas Wärme. „Darfst mir nicht böse sein, Paul. Schau, ich hab niemam-

den als dich und gern hab ich dich dazu. Unwillkürlich entleert man leicht, wenn man sieht, es steht jemand dazwischen und möchte einen fort-schieben. Du laßt deine Marianne gar nicht her, gelt Paul?“

Sie hat es zustandegebracht, daß er wieder freundlich lüchelt. „Kannst so nett sein, Weibche. Freilich laß ich dich nie her. Daß du nur so fragen kannst? Ist doch ein Unsinn, wenn du die Agnes so ernst nimmst. Wir gehören zusammen. Ist dir das nicht genug?“

„Ja, aber...“

„Still, da gibt es kein Aber, dummes Mariannnd, du!“ Er drückt seinen Mund verlangend auf die weichen Rosenlippen, die lügen und hassen, Lieben und bitten können.

Agnes steht daheim in Vaters Zimmer. Ein paar lose Blätter spielt der Abendwind durchs offene Fenster. Es ist der leise Gruß des nahen Herbstes. Sie ist sich bewußt, daß es ein großes Unrecht ist, was sie zu tun begehrt. An Vaters Schreibtisch hängen die Schlüssel, die er abzuzeichnen vergessen hat. Ist es nicht ein wegweisender Zufall? Es sind dieselben Schlüssel, die sein Leben von der Außenwelt absperrten.

Mechanisch tut sie ihr Werk. In zitternden Händen liegt ein Bündelchen Briefe, zusammengeschnürt durch ein schmales Lederband. Was liegt darin? Liebe? - Leid? Wohl beides!

Agnes hat die kleine Bettlampe aufgedreht. Im Zimmer liegt das Düstere der Stunde. Briefe fangen zu reden an.

(Fortsetzung folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Vorbild oberrheinischer Frömmigkeit

Der selige Bernhard von Baden soll heiliggesprochen werden

Herrlich willkommen ihr wackeren Jungmänner aus dem ganzen Badnerland, vom Bodensee, vom Schwarzwald, vom Tauberg, vom Odenwald und Neckarstrand, willkommen in der alten Markgrafenstadt, die dem ganzen Land den Namen gegeben! Willkommen ruft euch zu das Schloß Hohenbaden. Die Stätte, die ein guter Mensch betrat, ist geweiht! Ja, geweihter, heiliger Boden ist dort. Die Geburtsstätte des seligen Markgrafen Bernhard. Dort hat er seine Kinder- und Knabenjahre verbracht. Dort haben wir jetzt ein trautes Kapellchen eingerichtet, ganz eingeschlossen in den Schloßruinen, in aller nächster Nähe des Gemaches, wo St. Bernhard das Licht der Welt erblickt. Da soll ein Wallfahrtsplätzchen werden für unsere Jungmänner, da — auf dieser herrlichen Höhe mit dem großartigen Weitblick — da sollen eure Herzen sich weiten, der Geist sich erheben zum idealen Vorbild der Pflichttreue, der Heimattreue, der Glaubensreue, der Herzensreinheit, zum seligen Bernhard von Baden.

Mit diesen Worten begrüßte im Jahr 1928 Stadtpfarrer Martin die jungen Männer, die zur 500-Jahrfeier des Geburtstages unseres badischen Markgrafen Bernhard nach Hohenbaden gekommen waren. Seit 500 Jahren steht dieser badische Fürstensohn als Vorbild der Pflichttreue vor uns. Treu in den Pflichten des Alltags, aber auch treu in dem hohen Dienst für Heimat und Vaterland. Wie liebte doch der Selige seine badische Heimat, wie zog es ihn immer wieder von fremden Ländern und fremden Fürstentümern, wohin ihn sein Vater, Markgraf Jakob, geschickt hatte, nach seiner badischen Heimat, besonders nach dem Schloß Hohenbaden.

Wir kennen Bernhard von Baden aber auch als den glaubensstreuen Sohn seiner Kirche und wissen von seinem mühenreichen Einsatz für die Rettung des christlichen Abendlandes. Nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken waren auch im Abendland christlicher Glaube und Sitte schwer bedroht, und darum wollen Papst und Kaiser die christlichen Machthaber zu einem Kreuzzug gegen die Türken einigen. Für diesen heiligen Zweck fanden sie keinen geeigneteren Mann als unseren Bernhard v. Baden, der sehr angesehen und mit vielen europäischen Fürstentümern verwandt war. Jahre hindurch widmete sich Bernhard dieser heiligen Sache mit allem Eifer. Er hat diesen Eifer mit seinem Leben bezahlt. Auf seiner letzten Gesandtschaftsreise durch eine pestverseuchte Gegend suchte er die Bergstadt Moncalieri bei Turin auf. Er war auf dieser Reise von der Pest bereits angesteckt und erlag der Seuche am 15. Juli 1458. Er wurde in der St. Marienstiftskirche in Moncalieri ehrenvoll beigesetzt, wo heute noch seine Gebeine unter dem dortigen Hochaltar ruhen.

Bernhard steht aber auch als Vorbild der Herzensreinheit vor uns. Von frühester Kindheit an zur Gottesfurcht erzogen, bewahrte Bernhard sein ganzes Leben in aller Reinheit. Als er am Hof des Kaisers längere Zeit diente, war er weit entfernt von den Lasten der

Höflinge, vielmehr war er in Gesinnung und Handeln immer einem frommen Mönch ähnlicher als einem rauen Krieger. Mit den Jahren nahm die Sorgfalt, sein Gewissen immer reiner zu bewahren, zu. Das beweist seine allabendliche Beichte; er pflegte zu sagen, daß für einen Christen nichts gefährlicher sei, als in einem Zustand einzuschlafen, in welchem er zu sterben sich nicht getraut.

Bernhard von Baden, der edle Mensch, nahm es ernst mit dem Gebot der Gottesliebe — aber ebenso ernst mit dem der Nächstenliebe. Es wird von ihm erzählt, daß er, so oft er bei seinen Gängen am kaiserlichen Hof einen Mönch, einen armen Geistlichen, einen unbedeutenden Landmann oder irgend jemand antraf, der seines niedrigen Standes oder seiner



Bildnis des Seligen Markgrafen Bernhard v. Baden († 1458), 1779 von P. F. Fischer für das Ettlinger Rathaus gemalt. (Foto: Brenner)

Dürftigkeit halber keinen Zutritt zum Kaiser oder dessen Beamten erhalten konnte, aus Liebe zu Gott das Amt eines trauen Fürsprechers ausübte; er betrieb mit Eifer die Angelegenheiten der Verlassenen und ließ nicht ab, bis er dem Hilfesuchenden zu seinem Recht verholfen hatte. Als Schwager und Rat des Kaisers war er den Bittenden der beste Vermittler und Helfer in der Not. Ein Drittel seines Einkommens soll er den Armen stets gegeben haben. Kein Wunder also, daß das Volk ihn liebte und ehrte. Und diese Liebe folgte ihm über seinen Tod hinaus. Aber auch seine Hilfe blieb nicht aus, wie uns die Berichte über viele Gebetsbittungen und Wunder auf seine Fürbitte hin beweisen. Diese Verehrung dauert an bis auf den heutigen Tag. Bald nach seinem Tod erklärte Papst Pius II., daß Bernhard nicht ohne den Ruf der Heiligkeit aus diesem Leben geschieden sei. Das ist ein Zeugnis von höchster kirch-

licher Autorität, von einem Papst, der den Seligen persönlich gekannt hat. Am 16. September 1769 erfolgte die Seligsprechung unseres Markgrafen Bernhard von Baden durch Papst Clemens XIV.

Schon lange, lange ist es der Wunsch des Volkes, daß nunmehr auch die immer wieder hinausgeschobene Heiligensprechung Bernhards erfolgen möge. Wiederholt wurde in den verfloßenen rund 500 Jahren seit seinem Tod 1458 mit den Vorbereitungen begonnen. Aus verschiedenen Gründen stockte das Verfahren immer wieder. Das Volk aber stand abertreulich treu zu seinem Seligen und wünscht ihn in die Reihen der Heiligen aufgenommen zu sehen. Sein tugendhaftes Leben, sein seliger Tod und vor allem die Wunder, die auf seine Fürbitte hin geschahen, geben dem braven Volk den Glauben und das Vertrauen zum seligen Bernhard. Diesem frommen Wunsch dürfte sich auch heute besonders das badische Volk anschließen und sich tatkräftig einsetzen für die Heiligensprechung des Fürstensohns von Hohenbaden. Dort auf seinem Heimatschloß sollen sich wirklich die Herzen aller Badener besonders weiten, dort soll sich der Geist erheben, von dort soll auch eine Kraft ausgehen, die mächtig ist, unserer Heimat einen glücklichen Frieden zu schaffen. Markgraf Bernhard von Baden, der Schutzpatron der Jugend, aber auch der schützende und heifende Patron des badischen Landes, soll uns Helfer sein in unserer gegenwärtigen politischen Not. Der weit aufgeschlossene Fürst seiner Zeit, der mutige Kämpfer für das christliche Abendland, hat heute wohl die gleiche Mission. Darum — badisches Volk, deutsches Volk, schau auf deinen seligen Markgrafen Bernhard von Baden.

Dr. E. L.

Badische Schelmenstreich

Man darf nicht glauben, daß die Badener keine Schelmenstreich zu Wege gebracht hätten. Das stimmt ganz gewiß nicht. Sie sind nur deshalb nicht so wie die der Schildbürger bekannt, weil sich in früheren Zeiten keiner bereitgefunden hat, die Schwänke zu sammeln. Da sind z. B. unten am Neckar die von Eberbach, die man „Säckbrenner“ heißt. Einmal wollten sie eine Anzahl Säcke kennzeichnen, und damit es schneller geht, stempelten sie mit einem glühenden Eisen, so daß die Säcke durchgebrannt waren. — Ein andermal fuhr sie mit Holz den Neckar abwärts. Sie hatten so viel geladen, daß sie fürchteten unterzugehen. Deshalb nahmen sie einige Balken auf die Schulter, damit das Schiff leichter werde.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Schwänke angedichtet wurden, umso unbefangener kann man sie erzählen. — Die Oschelbronner bauten einmal einen Steg über den Schwarzbach, leider zu kurz. Sie suchten ihn zu strecken. Deshalb nennt man sie „Stegstrecker“. In Berghausen legte man einem Esel Gänseeier zum Brüten unter; daher der Übername „Brüh-säckel“. Als man in Wössingen bei Bretten eines Abends den Mond im Wasser spiegeln sah, glaubte man, er brenne und holte die Feuerwehr. Seltend heißen sie „Mondspritser“. „Gänsbreher“ nennt man die von Katsental. Warum? In einem harten Winter wurde in einem Brunnen eine eingefrorene Gans gefunden. Der Bürgermeister ließ jeden Bürger auffordern, einen Kessel mit heißem Wasser zu machen, um die Gans heraus zu brühen.

Wird der Rheinflall verschwinden?

Die Nutzbarmachung der Naturkräfte für den Menschen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die sich die Technik stellt. Nicht zuletzt ist es das Wasser, dessen Energien gewaltige Leistungen vollbringen und dem es zu verdanken ist, daß reichlich elektrischer Strom fließt und daß Turbinen, Dynamos und Maschinen sich unablässig drehen können. Nachdem schon an mehreren Stellen des Hochrheins Anlagen zur Kraftgewinnung entstanden, soll nun zwischen Schaffhausen und Eggenstein ein neues Kraftwerk mit großen Staumauern entstehen. Der Entschluß, in der erwähnten Gegend eine riesige Anlage aufzubauen, ist von großer Tragweite. Dadurch würde nämlich ein landschaftlicher Punkt von einmaliger Schönheit, der Rheinflall bei Schaffhausen, verschwinden, und somit Europas wohl schönster Wasserfall zu einem Begriff werden, den unsere Nachkommen nur noch aus Bildern und Büchern kennenlernen können.

Die beiden erbitterten Gegner des „Rheinflall“-Streites sind die Naturschutzkreise und die deutsch-schweizerischen Konzessionsträger für das Großkraftwerk Rheinau. Sollte das Fremdenverkehrs-Interesse die Oberhand gewinnen — ein wichtiger Punkt der Beweisführung derer, die für die Erhaltung des Falles eintreten — so könnte das Rheinflall-Projekt und damit allerdings auch die Schiffbarmachung der Strecke Basel—Konstanz zum Scheitern verurteilt sein. Tatsächlich würde ein Kraftwerk beim Rheinflall eine „Verschandelung“ der Landschaft bedeuten, denn die schöne Rheinschleife bei Rheinau ist eine Gegend, die zu Südbaden und zum Rhein gehört wie nur etwas. Deutsche und Schweizer hängen mit großer Liebe in diesem Stück Landschaft, dem Vater Rhein sein reizvolles Gepräge gibt.

Immerhin ist zu sagen, daß von den schweizerischen Behörden der Widerruf der bereits im Jahre 1940 erteilten Konzession erwogen

wird. Große Aufregung bemächtigte sich darüber aller Interessenten dieses und jenseits der Grenze, unter denen sich auch die deutschen Siemens-Schuckert-Werke befinden. Der Baubeginn war auf 1. Februar festgelegt worden und alle die kostspieligen technischen und organisatorischen Vorarbeiten schon geleistet. Es ist damit zu rechnen, daß nunmehr die Industrie- und Handelskammern beider Länder für die endgültige Freigabe des Baues eintreten werden, die nur aus formellen Gründen verzögert wurde.

Das Kraftwerk Rheinau wäre ein Glied der insgesamt 12 Großkraftwerke, die am Hochrhein zwischen Basel und Konstanz im Zuge der Schiffbarmachung des Stromes errichtet werden. 7 der Werke sind schon vollendet, ein achttes im Bau befindlich, Rheinau wäre also Projekt Nummer 9 des Gesamtunternehmens. Der Rheinflall soll für die Schifffahrt durch Schleusen von je 14,40 Meter Hubhöhe und einen Umgebungs kanal von etwa 1000 Metern passierbar gemacht werden. Auch für den Gegner des Planes sind die technischen Experimente interessant, wie z. B. die „Unterfahrung“ des Schloßberges von Laufen in einem 500 Meter langen Schifftunnel.

Dem Ausgang des Streites um den Rheinflall von Schaffhausen kommt größte internationale Bedeutung zu, da die Verhinderung der Erstellung eines weiteren Gliedes der Kraftwerk-Kette Basel—Konstanz den ganzen Bodensee-Schiffahrtsplan unrichtig machen könnte. Interessiert an den Vorgängen sind also die Anlieger Deutschland, Schweiz und Österreich, aber auch Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg, ja sogar England.

Aber etwas anderes ist auch nicht zu übersehen: Das Herz sollte bei dieser Angelegenheit im Gegensatz zu anderen technischen Vorgängen mitsprechen. Die Freude an landschaftlichen Schönheiten, das Gefühl, sich stets in eine herrliche Gegend — wie es das Hochrheintal ist — begeben zu können, wiegt mehrere Kraftwerke auf.

Briefmarken - ein Spiegelbild der Welt

Philatelisten treffen sich in Karlsruhe

Kommt einmal das Gespräch auf Briefmarken, so erinnern sich die meisten von uns an die beiden ersten Postwertzeichen von Mauritius. Man hat schon viel von ihrem großen Seltenheitswert gehört und auch gesehen. Gerüchte über ein geheimnisvolles Verschwinden oder Auftauchen verfolgt. Mit einer vagen Erinnerung an die kleine, bescheidene Sammlung seiner Jugendtage ist dann für viele das Thema Briefmarken erschöpft. Über die Entwicklung, ihr Herkommen ist meistens, sei es nun aus Unkenntnis oder Interesselosigkeit, nur wenig bekannt.

Man schrieb das Jahr 1653, als in Paris der Staatsrat M. de Vélayers von Ludwig XIV. das Privileg erhielt, für die Stadt eine Art Post einzurichten. Sofort begab sich nun de Vélayers an die Arbeit. Er führte sogenannte „billets de port payé“ ein, die den damit versehenen Briefschaffern freie Beförderung sicherten. Diese billets de port payé mußten, so hieß es damals, entweder an dem Brief befestigt sein, an ihm herumschlagen (bittet praktisch vorzuführen. Za.) oder auf irgendeine andere Weise angebracht sein, jedoch so, daß der befördernde Beamte sie sehen und leicht wegnehmen könne. Dieses Verfahren war jedoch noch so umständlich und langwierig, daß sich diejenigen, die es sich leisten konnten, nach wie vor ihre eigenen „Läufer“ oder „Kuriere“ hielten. Damit war das Schicksal dieser Einrichtung besiegelt und bald darauf verschwand de Vélayers Post aus dem Stadtbild. Auch spätere Versuche, sie wieder ins Leben zu rufen, scheiterten.

Die Briefmarke, wie wir sie heute kennen, wurde in England erfunden. Schon 1834 wurde von dem Verleger des „Dundee Chronicle“, J. Chalmers, der Vorschlag zur Einführung einer aufklebbaren Postmarke gemacht und

nach einer stürmischen Sitzung im Parlament zusammen mit dem „Penny-porto-Bill“ angenommen. Es war am 26. Dezember 1839, als durch einen Erlaß die Anfertigung von gestempelten Briefbögen, gestempelten Umschlägen und aufklebbaren Marken verfügt wurde. Von da an ging es mit der Entwicklung der Marke rasch voran. Eine Londoner Kupferstecherfirma gestaltete eine einfache, aber geschmackvolle Marke mit dem Bildnis der Königin Viktoria nach William Wyons Erinnerungs-Medaille an den Besuch der Königin in der City am 9. November 1837.

Dem Vorgang Englands folgten 1843 Brasilien, 1847 die USA, 1848 Rußland, 1849 Belgien, Frankreich und am 1. November, 1849 die erste deutsche Briefmarke in Bayern. 1850 die Schweiz, Spanien, Österreich, Sachsen, Preußen, Schleswig-Holstein und Hannover, 1851 Dänemark, Kanada, Baden, Württemberg Oldenburg, 1852 folgte die Thurn- und Taxische Postverwaltung usw., bis 1893 die Türkei, 1897 Helgoland und 1898 Persien den Abschluß bildeten.

War das Sammeln früher einmal, da es eine sehr kostspielige Angelegenheit war, das Vorrecht begüterter Kreise gewesen, so ist es heute ganz anders geworden. War es in diesen Zeiten eine Spielerei, eine Art von unterhaltendem Zeitvertreib, bei dem man hier und da sogar einen geldlichen Gewinn erzielen konnte, so wurde seit etwa 40 Jahren das Sammeln von Briefmarken von den meisten äußerst planmäßig betrieben. Man erkannte sehr bald den Wert dieses Steckenpferdes — denn keine andere Liebhaberei ist „mastande“, so reiche Blitze in die Welt zu erschließen. Briefmarken zeigen Darstellungen über das Volkstum fremder Rassen, die Pflanzenwelt

und das Tierreich fremder Erdteile. Sie vermitteln dem Sammler ein interessantes, unerschöpfliches Bild menschlicher Geschichte und Kultur. Briefmarken aus Afrika zeigen Köpfe fast sämtlicher Negerstämme des dunklen Erdteils. Auch Australien ist mit seinen Ureinwohnern vertreten. Auf den Marken Asiens ist das asiatische Menschenantlitz vielfältig. Neben schlitzäugigen Chinesen und Japanern erscheinen häufig waffengeschmückte Gestalten der vorgelagerten Inseln. Fehlen auch bei den Amerikanern prächtige Indianerköpfe, so sind doch in letzter Zeit Darstellungen technischer Wunderwerke maßgebend geworden. Flugzeuge, Schiffe und Kraftwerke beleben die Bilder. Köpfe von Monarchen, Politikern und Generalen sind für die Mäuken der europäischen Staaten charakteristisch geworden. Auch symbolische Darstellungen und herrliche Landschaftsausschnitte, wie sie in der Schweiz, Österreich und Italien zu finden sind, dürfen dabei nicht fehlen. So zeigt jede Marke Eigenarten des Landes und aus ihnen lernt man gleichsam seine Geschichte kennen. Es ist ein Spiegelbild der Welt — eine Forschungsreise in vergangene Zeiten.

Immer mehr wurde die Bestimmung von Typen, Farben, die Kenntnis der Seltenheitsgrade und das Erkennen von Fälschungen zu einem hohen Grad der Vollkommenheit ausgebildet. Zeitschriften, Kataloge und Bücher und nicht zuletzt auch große öffentliche Sammlungen und Ausstellungen sorgen für Belehrung und Anregung. Eine der reichhaltigsten Privatsammlungen ist die des Barons Arthur von Rothschild in Paris, die unermessliche Schätze aufweist. Eine andere Sammlung von Philippe de Ferrari soll 1,5 Millionen Marken enthalten. Die größte öffentliche Sammlung aber befindet sich im Britischen Museum in London. Auch Deutschland steht nicht zurück. Im Postmuseum der deutschen Postverwaltung in Berlin werden Tausende von Marken aus der Geschichte der Briefmarke gezeigt.

Bringen es auch nur wenige Sammler im Laufe der Jahre zu solch reichhaltigen und wertvollen Sammlungen, so gibt doch eine Jubiläumsausstellung, wie sie am 1. Mai in Karlsruhe veranstaltet wird, Ansporn und Anregungen zugleich für jeden Briefmarkenfreund, der bestrebt ist, sein Wissen um diese „Liebhaberei“ zu vertiefen. Th. Schwämmle

Heimat aus der Vogelschau

Wer die heimliche Landschaft erwandern will, vertraut sich der Führung durch eine Landkarte an. Wie aus der Vogelschau sehen wir auf den Kartenblättern die Siedlungen, Bodenformen, Wege und Straße. Auf der Landkarte läßt es sich in Gedanken vorauswandern und nach der Wanderung erleben wir auf der Karte noch einmal den abwechslungsreichen Weg. Kartographen und Drucker sind bemüht, die Landkarten immer mehr zu vervollkommen. Der gleiche Verlag, der die schönen Heimatatlanten für die Schule herausgebracht hat, legt auch zwei badische Heimatkarten vor.

Auf der einen Karte sind die Kreise Karlsruhe, Pforzheim und Bruchsal dargestellt, auf der anderen die Kreise Mannheim und Heidelberg. Der Maßstab ist 1:100 000. Jeder Waldweg und jedes Gehöft ist eingezeichnet. Auf der Rückseite der mittelfränkischen Karte gibt Dr. F. Pfommer vor allem für den Schulgebrauch eine geologische Übersicht und eine naturräumliche Gliederung, die für jede Wirtschaftsforschung, Raumordnung und Landesplanung eine unentbehrliche Grundlage ist. Man lernt die Landschaft viel besser sehen, wenn man weiß, wie Rheinniederung, Hardtpflatan, Murg-, Pfing- und Kraichniederung, Vorbergzone und Rodungsgebiet im Buntsandstein abgesprengt und durch verschiedene Pflanzenwuchs gekennzeichnet sind. Bei der von Dr. Treumer bearbeiteten Karte Mannheim-Heidelberg zeigen Querschnitte die Landschaftsformen in der Ebene und im Odenwald. J. L.

Blitzlichter AUS ALLER WELT



Rohstoffberater der Bundesregierung wurde Direktor Otto A. Friedrich, der gegen jeden Luxus eingestellt ist



Eines der modernsten Fernmeldeämter Europas entsteht in Frankfurt am Main, dem Schnittpunkt des deutschen Kabelnetzes



Nur geringfügig verletzt wurden die Insassen dieses Lkw, unter dem eine Notbrücke zusammenbrach



Wie krank ist Wyschinski wirklich? Der 63jährige russische Außenminister soll eine schwere Lungenentzündung haben



Der erste deutsche Ballonaufstieg nach dem Kriege fand in Münster (Westf.) statt. Die Gattin des Oberstadtdirektors von Münster (rechts) taufte den Ballon „Münster XI“



Das erste Luftfahrtunternehmen Deutschlands nach dem Kriege gründete Jan Eilers (rechts), ein ehemaliger Segelflughlehrer in Bremen. Zu Phönixen sind Rundflüge geplant, außerdem ist ein Luftdienst vorgesehen

Umschau in Karlsruhe

Über 21.000 Sänger beim Bundesliederfest
Karlsruhe (UP). Zu dem über Pfingsten in Karlsruhe stattfindenden „Bundesliederfest 1951“ haben sich von 1100 Gesangsvereinen aus Baden mit 58.000 Mitgliedern 570 Vereine mit insgesamt 21.000 Sängern angemeldet, wurde am Freitag vom Hauptauschuß für das badische Bundesliederfest in Karlsruhe bekanntgegeben. An dem Sängertreffen, das unter dem Motto „Zwischen Zeit und Ewigkeit“ veranstaltet wird, werden voraussichtlich jedoch noch weitere 3000 bis 4000 Sänger teilnehmen, die sich bisher noch nicht angemeldet haben.

Gefängnis für Großbetrüger
Karlsruhe (wvb). Die Karlsruher Strafkammer verurteilte den 37jährigen Gastwirt und Metzger Hoffmann wegen fortgesetzten Betrugs in 26 Fällen zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hatte sich von Juni 1949 bis Januar 1950 durch zahlreiche Schwindelzettel 48.900 DM erworben, mit denen er in Karlsruhe eine Gaststätte und Metzgerei aufbaute. Um den Bau zu beschleunigen, hatte er ein Inserat aufgegeben, in dem er gegen Bezahlung von Baukostenzuschüssen Wohnungen versprach. Dadurch hatte er sich weitere 10.000 DM erschwindelt. Der Verurteilte, der im vergangenen Jahr von der Strafkammer Landau wegen fortgesetzten Diebstahls zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist bereits 32mal vorbestraft.

Aus der badischen Heimat

Aus dem fahrenden Zug gestürzt
Heidelberg (wvb). Ein 15jähriger Schüler aus St. Ilgen im Landkreis Heidelberg stürzte auf der Eisenbahnstrecke Heidelberg-Karlsruhe kurz vor dem Bahnhof St. Ilgen aus dem fahrenden Zug. Er schlug mit dem Kopf so unglücklich auf die Schienen auf, daß der Tod sofort eintrat. Der Junge war vor dem Einlaufen des Zuges in den Bahnhof auf die Plattform zwischen zwei Eisenbahnwagen getreten und hatte sich dort auf ein Trittbrett gestellt. Es wird angenommen, daß er, als der Zug eine Weiche überquerte, plötzlich den Halt verloren hat.

Wasserleitungsrohr erschlägt Arbeiter
Ludwigshafen (ld). Bei der Montage von Rohrleitungen im Oppauer Werk der BASF löste sich ein zehn Meter langes Wasserleitungsrohr und stürzte etwa sieben Meter in die Tiefe. Zwei Arbeiter, die mit der Montage beschäftigt waren, konnten noch rechtzeitig zur Seite springen, während ein dritter so schwer am Kopf getroffen wurde, daß er sofort tot war.

Wird Schäffer einlenken?

Grenzland-Komitee sprach mit Finanzminister

Lörrach (lds). Das Grenzland-Komitee, das anlässlich der Differenzen über die Einschränkung des Warenverkehrs mit der Schweiz konstituiert worden war, verhandelte in Bonn mit Bundesfinanzminister Schäffer über die Wiedergewährung der althergebrachten Rechte an die südbadische Grenzbevölkerung. An den Besprechungen nahmen als offizielle Wortführer des Grenzlandes neben den südbadischen Bundestagsmitgliedern Vertreter der Gewerkschaften, der Handelskammern, des Einzelhandels und die Bürgermeister verschiedener deutscher Städte in der Grenzzone teil. Das Komitee unterrichtete Schäffer über die erhebliche Verstimmung, die innerhalb der südbadischen Bevölkerung wegen der sehr weitgehenden Einschränkung des zollfreien Warenverkehrs im Kleinen Grenzverkehr mit der Schweiz besteht. Bundesfinanzminister Schäffer soll sich von der südbadischen Delegation vorgebrachten Argumenten nicht verschlossen haben. Man hofft jedenfalls, daß die kürzlich verfügte Einschränkung für die badische Grenzzone gelockert werden, ohne die fiskalischen Interessen der Bundessteuerverwaltung gänzlich außer acht zu lassen.

Wohleb in Badenweiler

Einweihung des Instituts für Textilchemie
Badenweiler (lds). Das in Badenweiler ansässige, bisher im großherzoglichen Palais untergebrachte staatliche Institut für Textilchemie, das unter der Leitung von Professor Dr. Ing. E. Eloeod steht, wurde jetzt in erweitertem Umfang mit Unterstützung der badischen Regierung und der Industrie im ehemaligen Schloß Allcard und jetzigen Haus Karolina würdig und zweckmäßig eingerichtet. Der Eröffnung wohnte Staatspräsident Wohleb bei. Weitere Gratulanten waren der Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Prof. Dr. Backhaus und Senator Dr. Ing. e. h. Freudenberg als Vertreter der Industrie. Bei der anschließenden Besichtigung fanden die Reyonspinnanlage des Instituts sowie verschiedene moderne Apparate, darunter ein amerikanischer Fadenometer zur Bestimmung der Lichtechtheit, das besondere Interesse der Gäste.

der Streit um die Freiheit der Rheinschifffahrt „um höchst eigener Vorteile willen“. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß die Fragen der Rhein-Rhone-Kanalisation und der Verbindung Bodensee-Donau in enger Zusammenarbeit mit dem Hochrhein-Projekt behandelt werden, dessen Endziel „der Bodensee als Zentral-Binnenhafen Europas“ ist

Wochenendhaus auf der Grafenmatte muß weg

Freiburg (ld). Im Prozeß des Frankfurter Fabrikanten Dr. Schüler gegen das Land Baden, der wegen einer Ausnahmegewilligung zum Bau eines Wochenendhäuschens im Naturschutzgebiet des Feldbergs geführt wurde, hat der Verwaltungsgerichtshof in Freiburg das Urteil des Verwaltungsgerichtes Freiburg bestätigt. Die Verfügung auf Zurücknahme der Ausnahmegewilligung durch das badische Kultministerium wurde als zu Recht bestehend erkannt. Das auf der Grafenmatte im Feldberggebiet stehende Wochenendhaus muß nun wieder entfernt werden. Der Prozeß erregte seinerzeit viel Aufsehen, weil auch die Personen des Staatspräsidenten und des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Zürcher hineingezogen wurden, die angeblich Zusagen an Dr. Schüler gemacht hatten.

Jedem Feriengast seine Schweizer Reise

Freiburg (lds). Unter dem Motto „Jedem Feriengast seine Schweizer Reise“ hat der Badische Fremdenverkehrsverband Schwarzwald-Bodensee-Oberrhein in Freiburg ein kleines Flugblatt herausgebracht, in dem knapp und sachlich angegeben wird, wie man zu einem „Ausflug in die Schweizer Alpen, an den Genfer See, oder in den Kanton Tessin“ kommen kann. Es wird dabei vor allem auf die Form der Gesellschaftsreise hingewiesen, bei der die Gesuche um Ausstellung von Visa bzw. Sammelpaßbedenklichkeitsklärungen beschleunigt von den zuständigen Stellen erledigt werden.

Hirn und Richter vor dem Bürkle-Ausschuß

Stuttgart (wvb). Der ehemalige stellvertretende Direktor der Stuttgarter Spar- und Girokasse, Richter, bestritt vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags, eigenmächtig ohne Billigung des Kreditausschusses Kredite an Bürkle gewährt zu haben. Von Februar 1949 an habe er sich überhaupt von der ganzen Affäre ferngehalten. Er habe sich vor allem auf den — inzwischen verstorbenen — Direktor Wolf verlassen, der als Experte auf diesem Gebiet gegolten habe. Auf eine entsprechende Frage gab Richter zu, daß er einen Teil der Abschlußprovision für eine Lebensversicherung Bürkles über 900.000 DM in Höhe von 6000 DM erhalten habe. Die Vernehmung des Bürgermeisters Hirn ergab keine wesentlich neuen Momente.

Schifffahrt Basel-Bodensee

Minister Lais: „Unverrückbares Ziel Badens“

Konstanz (UP). Nachdem im Jahre 1950 der Güter-Umschlag in beiden Häfen von Basel, dem jetzigen Endpunkt der Rheinschifffahrt, sprunghaft auf 3,5 Millionen gestiegen ist, und die Neubauten, Umbauten und Konzeptionsgesuche der noch fehlenden fünf von insgesamt 12 Kraftwerken am Hochrhein in Angriff genommen sind, stehen nur noch formelle und finanzielle Hindernisse der endgültigen Verwirklichung des Gesamtunternehmens im Wege. Das Projekt wird in einer Resolution der internationalen Rheinhandelskammer-Union „ein für das gesamte Rheinstromgebiet und für ganz Westeuropas wichtiges Verkehrs- und Wirtschaftsprogramm“ genannt. Von deutscher Seite habe der badische Wirtschaftsminister Dr. Lais die Verwirklichung der Schifffahrtsstraße zum Bodensee als „das unverrückbare Ziel, auf das eine dem Wohl des Landes besorgte Regierung wird zustreben müssen“, bezeichnet. Die schweizerischen Wirtschaftskreise seien der Meinung, daß „die Rhein-Bodensee-Schifffahrt das volkswirtschaftlich bedeutsamste Projekt ist, das die Schweiz in nächster Zukunft durchzuführen hat“. In Österreich sei man bereits

mit den Planungen für einen Bodensee-Hafen an der Mündung des oberen Hochrheins beschäftigt und habe ein geeignetes Gelände dafür bestimmt.

300 Millionen DM nötig

Für die Finanzierung der erforderlichen rund 300 Millionen DM wurde eine Spezialkommission gebildet. Die Bundesrepublik kann zur Finanzierung ihres Anteils möglicherweise mit Marshallplan-Geldern rechnen, Österreich dagegen nicht. Das Land, das infolge der Abklemmung seiner Lebensader im Osten den Anschluß an das westliche Verkehrsnetz anstrebt, ist für die Finanzierung seiner Anlagen wahrscheinlich auf schweizerische Kredite angewiesen. Die Schweiz dürfte ihren Anteil ohne große Schwierigkeiten aufbringen.

In zwei Punkten sei ein Schatten auf die Bestrebungen der beteiligten Länder gefallen, heißt es in dem Bericht des Schifffahrtsverbandes. Der eine sei das bisherige Ausbleiben der Zustimmung der alliierten Hohen Kommission in Deutschland zum Finanztransfer für Grenz-Kraftwerke, der andere